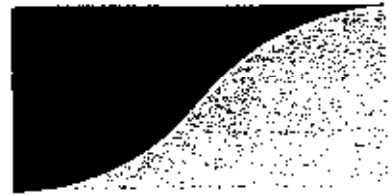


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 91520-0
Telefax: 886846 ppbn d
Telefax: 91520-12



Inhalt

Hans-Ulrich Klose MdB zu den Erklärungen des Bundeskanzlers: Von der Unwahrheit hin zur Halbwahrheit

Seite 1

Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB zur Notwendigkeit von mehr Transparenz in der Maastricht-Diskussion: Europa-Sonderausschuß muß öffentlich tagen.

Seite 3

Professor Dr. Hartmut Soell MdB zur Lage in China nach dem 14. Parteikongreß: Unwägbarkeiten von erheblicher Bedeutung.

Seite 4

Horst Sielaff MdB zu einer Strukturpolitik, die monopolistische Strukturen fördert: EG-Richtlinie bewirkt das Ende für viele Schlachtbetriebe.

Seite 6

47. Jahrgang / 209

29. Oktober 1992

Von der Unwahrheit hin zur Halbwahrheit Zu den Erklärungen des Bundeskanzlers

Von Hans-Ulrich Klose MdB
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Debatte über Zuwanderung und Asyl ist eine ungeheuer schwierige, beinahe quälende Debatte, mit der wir Sozialdemokraten uns außerordentlich schwer tun. Ich persönlich bin der Auffassung, daß es gut ist, daß wir uns damit schwer tun; denn es wäre verhänglich, wenn wir bei einem solchen Thema leichtfertig über Denken des einen und der anderen hinweggingen. Die Mitglieder der Fraktion beteiligen sich an dieser Diskussion vor Ort auf der Parteiebene, in den Unterbezirken, den Bezirken, auf Landesparteitagen. Das ist auch völlig in Ordnung, das ist sogar nötig. Wir sollten die Diskussion in der Partei und untereinander aber so führen, daß persönliche Verletzungen, wenn möglich, vermieden werden können, und die Fraktion insgesamt keinen Schaden nimmt. Das ist bei uns bei der ebenfalls schwierigen Debatte über Bundeswehreinräufe gelungen. Auch dabei gab und gibt es unterschiedliche Auffassungen. Dennoch waren wir fähig, geschlossen zu handeln. Und nicht zuletzt deshalb ist die Sondersitzung des Deutschen Bundestages während der Sommerpause ein Erfolg gewesen.

Abgeordnete sind frei, und Zensur findet nicht statt, aber meine Bitte ist doch: Jeder möge für sich prüfen, was seine Erklärung bewirkt, nach innen und nach außen. Und er möge dies auch bei der Asyldebatte beachten. Wer in der Frage von Zuwanderung und Asyl die Strategie der Partei und vor allem der Fraktionsführung kritisiert, muß wissen, daß diese Strategie der Fraktion lange vor Petersberg besprochen und beschlossen worden ist. Wir wollten eine Paketlösung haben, und jeder weiß, daß wir allein mit unseren 33 Prozent eine Paketlösung nicht zustande bringen können. Gleichwohl wollten wir sie. Wenn also die Strategie kritisiert wird, wird die Fraktion insgesamt kritisiert, und nicht nur die Führung. Das wollte ich klarstellen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
53000 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendet
rot-weißes
Recycling-Papier



Im Zusammenhang mit der Asyldebatte eine weitere Bemerkung: Ich finde es unerträglich, daß die Gewaltaktionen gegen Ausländer und Asylbewerber unvermindert anhalten und daß weitere Anschläge auf jüdische Friedhöfe und Gedenkstätten stattfinden. Noch unerträglicher ist es, daß diese Anschläge inzwischen kaum noch wahrgenommen werden, weil sie fast schon zur "Normalität" gehören. Und ich finde es völlig unerträglich, daß nichts geschieht. Helmut Schmidt hat völlig Recht, daß der Rechtsextremismus mit gleicher - eher noch größerer - Intensität bekämpft werden muß, wie der RAF-Extremismus bekämpft wurde. Wir haben das auch im SPD-Präsidium angesprochen und Björn Engholm gebeten, dieses Thema beim Gespräch der Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler anzusprechen. Nicht zuletzt, weil die Fachministerkonferenzen, Innen und Justiz, sich nicht als besonders fähig erwiesen haben, bei diesem Thema Fortschritte zu erreichen.

II.

Zum CDU-Parteitag: Es sieht so aus, als ob der Kanzler sich bewege. Aber er bewegt sich von der Unwahrheit hin zur Halbwahrheit. Würde er nicht nur sagen, daß jetzt die Stunde der Wahrheit gekommen ist, sondern würde er die Wahrheit sagen über die finanzielle Lage in den neuen Ländern und in Deutschland insgesamt, dann wäre das ein entscheidender Schritt. Denn dann täte er, was wir seit gut einem Jahr von ihm fordern. Dazu scheint er aber immer noch nicht bereit zu sein. Wäre er es nämlich, dann müßte er mit Blick auf die bedrückende Lage vor allem in den neuen Ländern von einem Staatsnotstand reden.

Dieses Wort mit Blick auf die Asylproblematik zu verwenden - wie Kohl es in Düsseldorf getan hat - ist absolut unangemessen, ja sogar gefährlich, weil es eine Sündenbock-Situation schafft für Ausländer, die für diese Situation, unter der die Menschen dort leiden, nun wirklich nichts können. Wenn schon Sündenbock, dann ist es der Kanzler selber. Er hat die Lage in den neuen Ländern nicht herbeigeführt, aber er hat sie verschärft. Hätte er früher erkannt, was notwendig ist, und hätte er früher getan, was getan werden muß, hätte er früher die Wahrheit gesagt, statt jetzt bloß von der Stunde der Wahrheit zu reden, dann wäre die Lage heute nicht so dramatisch schlecht, wie sie tatsächlich ist.

Ich habe es nachgelesen: Kohl hat auf dem CDU-Parteitag in diesem Zusammenhang auf etwa anderthalb Seiten viermal das Wort Erblast verwendet. So wie er das 1982/83 auch unentwegt getan hat. Er ist für nichts verantwortlich, sondern alles, was an Schwierigkeiten da ist, hat er immer geerbt. Die Wahrheit ist: er hat die Last, so wie sie heute ist, nicht geerbt, sondern er hat sie durch sein Tun, oder genauer gesagt, durch sein Nichtstun geschaffen. Er ist jedenfalls mitschuldig.

Die Bundesregierung und der Kanzler reden jetzt von Solidarpakt, von Gemeinsamkeit und von Opfern. Um es ganz klar zu sagen: Ich bin für einen Solidarpakt, wenn es wirklich ein Solidarpakt ist. Ich finde, man muß dafür sein im Interesse der Sache und der Menschen. Aber ich kann bisher nicht erkennen, was denn konkret beabsichtigt ist. Wir müssen wissen, worüber und mit welchem Ziel geredet werden soll. Gesprächsaktionismus ohne Ergebnis hilft keinem. Jedenfalls nicht den Menschen in den neuen Ländern. Im übrigen bitte ich zu bedenken: Wenn der Kanzler von Gemeinsamkeit redet, was meint er denn damit? Meint er wirklich Gemeinsamkeit im Interesse der Menschen? Oder was ist das für eine Gemeinsamkeit, die er will? Mein Eindruck ist, nach vielen Erfahrungen, die wir gesammelt haben: Kohl redet immer nur von Gemeinsamkeit zu seinen Konditionen. Und wer diese Konditionen nicht akzeptiert, der weigert sich der Gemeinsamkeit. Kohls Gemeinsamkeitsstrategie ist immer auch eine Konfliktstrategie. Das dürfen wir nicht übersehen. Weil das so ist, haben wir unsererseits vor einer Woche unsere Vorschläge für den sogenannten Solidarpakt auf den Tisch gelegt. Der Kanzler, aber auch die Öffentlichkeit, muß wissen, zu welchen Bedingungen wir uns zur Gemeinsamkeit

verstehen können, zu welchen Opfern wir bereit sind. Dabei muß eines klar sein: Es muß gerecht zugehen, ohne Gerechtigkeit gibt es keine Solidarität.

III.

Ein Wort zur Diskussion um Steuererhöhungen. Kohl will eine Steuererhöhung für 1995, läßt allerdings offen, ob nicht vielleicht doch ein bißchen früher. Er will diese Steuererhöhung nicht, um zusätzliche Maßnahmen in den neuen Ländern in Gang zu setzen, sondern er braucht sie, um die bis dahin aufgelaufenen Schulden zu bedienen. Die Annuitäten will er damit bezahlen. Die Steuererhöhung von etwa 40 Milliarden DM reicht eben hin, um die Zinsen zu bezahlen, von Tilgung ganz abgesehen.

Wir wollen die Ergänzungsabgabe jetzt und zwar für zwei Aufgaben. Für zusätzliche Maßnahmen - Wohnungsbau, Arbeitsmarkt, aber auch zum Zwecke der Haushaltskonsolidierung. Die Haushaltskonsolidierung ist erforderlich, weil die Bundesbank sonst keine Zinssenkungssignale geben kann. Sie sind aber wichtig, aus konjunkturellen Gründen, bei uns und vor allem in ganz Westeuropa. Apropos Konjunktur: Völlig unerträglich wäre es, wenn jetzt wieder wie vor zwei Monaten eine chaotische, nicht enden wollende Debatte über Steuererhöhungen losgetreten würde. Konjunkturpolitik hat auch etwas zu tun mit Psychologie. Eine solche Debatte wäre jedenfalls konjunkturpolitisch schädlicher als die sofortige Einführung der Ergänzungsabgabe, so wie wir es vorschlagen.

IV.

Noch eine Bemerkung zu einem Punkt, der im Gewicht nicht ganz proportional ist zu denen, die ich bisher angesprochen habe. Es liegt der Fraktion ein Antrag zur Straffung der Fraktionsarbeit vor. Wenn es etwas zu kritisieren gibt, dann sollten wir darüber reden. Ich nehme diesen Antrag ernst, schlage aber vor, daß wir nicht nur darüber, sondern auch über die Erfahrungen, die wir in einem Jahr mit der Organisation der Fraktion gemacht haben, alsbald im Anschluß an eine voraussehbare, nicht ganz so lange Fraktionssitzung ausführlich debattieren. Diese Debatte sollte unbedingt vor der Weihnachtspause stattfinden. Und dann sollten wir alles aufnehmen, was bedacht werden muß, was geändert werden kann.

(-/29. Oktober 1992/rs/fr)

(Hans-Ulrich Klose machte diese Ausführungen am 28. Oktober vor der SPD-Bundestagsfraktion)

Europa-Sonderausschuß muß öffentlich tagen
Zur Notwendigkeit von mehr Transparenz in der Maastricht-Diskussion

Von **Heidemarie Wieczorek-Zeul** MdB
Europapolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion
Mitglied des SPD-Partelpräsidiums

Wer für Europa mehr Transparenz und Bürgernähe fordert, muß damit selbst Ernst machen. Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Sie tagt öffentlich. Das gleiche muß für den Sonderausschuß "Europäische Union" gelten, der vom heutigen Mittwoch an über den Vertrag von Maastricht berät.

Der Vertrag von Maastricht leitet eine neue Stufe der europäischen Integration ein. Einen solchen Vertrag kann man im Bundestag nicht wie einen beliebigen anderen Vertrag behandeln, beispielsweise wie das Seeschiffahrtsabkommen mit der Sowjetunion vom 7. Januar 1991, das der Bundestag zuletzt ratifiziert hat.

Der Bundesregierung würde ein schlichtes und flottes "Ja" des Bundestages zum Vertrag genügen. Die Kritik am Maastricht-Vertrag zeigt indessen, daß die Bürgerinnen und Bürger nicht ungeprüft hinnehmen, was ihnen die Regierungen servieren. Die Beschwörung des Zauberspruchs "Europa" in bunten Broschüren und schönen Reden reicht nicht aus, spontane Zustimmung zum Vertrag zu wecken.

Die Bürgerinnen und Bürger vertrauen den Verhandlungsergebnissen dieser Bundesregierung nicht mehr. Sie haben noch die - beim CDU- Parteitag in Düsseldorf mit zwei Jahren Verspätung revidierte - Versicherung des Bundeskanzlers im Ohr, die deutsche Einheit sei aus der Portokasse zu bezahlen. Sie wollen wissen, was mit Maastricht auf sie zukommt. Und das ist ihr gutes Recht. Die Bundesregierung hat uns durch die verspätete Vorlage des Vertrages nur wenig Zeit gelassen. Diese Zeit aber müssen wir nutzen.

Wer den Maastricht-Prozeß will, hat keinen Grund, das Licht der Öffentlichkeit zu fürchten. Die Referenden in Dänemark, Irland und Frankreich haben auch bei uns zu einer lebhaften Diskussion über den Vertrag und seine Schwachpunkte geführt. Dabei ist die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zum Vertrag keineswegs gesunken, sondern im Gegenteil gewachsen. Nach Allensbacher Umfragen überwog die Zahl der Maastricht-Gegner im März die der Befürworter. Im September hat sich das Verhältnis umgekehrt.

(-/29. Oktober 1992/rs/ks)

Unwägbarkeiten von erheblicher Bedeutung **Zur Lage in China nach dem 14. Parteikongreß**

Von Professor Dr. Hartmut Soell MdB
Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-chinesischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestages

Die politische Situation in der Volksrepublik China ist noch immer von der relativen Unsicherheit über das geprägt, was geschehen wird, wenn Deng Xiao Ping endgültig abtreten wird. Daran hat auch der 14. Parteikongreß der KPCh nicht viel geändert.

Der stark durch die überalterte Struktur notwendig gewordene Generationswechsel in der Parteiführung hat, in Verbindung mit Dengs Einfluß - der Ausdruck in seiner symbolischen Reise in die "nichtkommunistischen" Regionen der Volksrepublik im Frühjahr dieses Jahres fand -, zu einer weiteren Stärkung der reformorientierten Kräfte geführt. Doch die Unwägbarkeiten die einerseits aus der Bereitschaft der Konservativen entstehen, Konflikte mit bewährten stalinistischen Methoden zu lösen und andererseits Funktionsträger latent Modernisierungs- und Reformprozesse unterlaufen, sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch von erheblicher Bedeutung.

In sofern hat der Parteikongreß eben nicht die erhoffte und notwendige Klarheit gebracht, wobei politische Mehrheitsentscheidungen in einer nichtdemokratischen Struktur, in der Durch-

setzung und Aufrechterhaltung politischer Beschlüsse mit militärischer Gewalt nach wie vor an der Tagesordnung sind, von äußerst fraglichem Gewicht sind.

So wundert es einen nicht, daß die Vertreter des Reformflügels, der sich in hohem Maße aus den Delegierten der modernen Südprovinzen zusammensetzt, ihre richtungsweisenden Reformvorschläge auf dem Parteikongreß - sowohl in ökonomischen wie gesellschaftlichem Bereich - weitgehend unabhängig von der Linie in Peking, in ihrem Einflußbereich bereits verwirklicht haben. Ihre Planung sieht eine "sozialistische Marktwirtschaft" für ganz China vor, in der Staatsbetriebe und Kollektiven mit chinesischen Privatbetrieben und ausländischen Firmen konkurrieren und der Staatsanteil langsam zurückgeht. Die sogenannte vierte ökonomische Reformphase soll marktwirtschaftliche Kalkulationsmethoden und die weitestgehende Entpolitisierung des Managements in den Staatsbetrieben verwirklichen. Die Befreiung der Wirtschaft von Preis-, Einstellungs- und Verteilungsdirektiven soll die Zirkulation im System verbessern, ebenso ist der schrittweise Rückzug der Parteiplaner und Kontrolleure aus den Steuerungsfunktionen der Wirtschaft vorgesehen. Zum Standardrepertoire der Reformer gehören seit Jahren die Pläne, China einerseits für ausländische Investoren und Technologieimporte zu öffnen und so andererseits China in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren.

Erfreulicherweise wurde der Zusammenhang von erfolgreichen ökonomischen Reformen mit politischen mehrfach genannt und betont: "Ökonomische und politische Reformen sind die beiden Flügel desselben Vogels, soll er fliegen, darf man keinen von beiden vernachlässigen".

Aufgrund der Vorgänge in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa, sehen die gesellschaftlichen Reformen eine "Realisierung" des offiziell bestehenden (begrenzten) Mehrparteiensystems und dessen Einfluß auf politische Entscheidungen, eine Flexibilisierung der internen Strukturen der KPCH, weitere Entflechtung von Staat und Wirtschaft sowie eine begrenzte Lockerung des ideologischen Würgegriffs in kulturpolitischen Bereichen vor.

So positiv die genannten Projekte sind, so eindeutig sind die daraus resultierenden Konflikte vorhersehbar. Die politisch gewichtigen horizontalen Spannungen zwischen den modernen, freieren Provinzen und den konservativen Regionen werden auf dem Wege der geplanten Teilreformen wahrscheinlich durch vertikale, gesamtgesellschaftliche Konflikte ergänzt werden.

Doch könnte hierdurch eine Beschleunigung des Modernisierungsprozesses ausgelöst werden. Da aber der Ausgang dieser Auseinandersetzungen - nicht zuletzt aufgrund der erwähnten Gewaltbereitschaft bestimmter Kräfte - unklar ist, forcieren die Südprovinzen weiterhin ihre Modernisierungsprojekte in gesellschaftlichem, juristischen und ökonomischen Bereich ohne Rücksichten auf Peking.

Der Parteikongreß ließ - bei all den positiven Ansätzen - leider eines vollkommen vermissen: es fehlte bereits das Problembewußtsein für das dringend notwendige Umdenken in Chinas Minderheiten- und Menschenrechtspolitik. Man erhofft sich in Peking - in Anbetracht der eher naiven Äußerungen von AM Kinkel zur aktuellen chinesischen Politik mit einem gewissen Recht - eine Eintrittskarte zu den Märkten demokratischer Staaten auch für Produkte, die in politische Lagern von Zwangsarbeitern hergestellt wurden. Nach wie vor behandelt der Westen die Politik der Verfolgung, Vertreibung und teilweise sogar Ausrottung der Pekinger Führung gegenüber Tibetern und anderen Minderheiten, sowie die massiven Menschenrechtsverletzungen gegenüber der eigenen Bevölkerung mit unangemessener Nachsicht.

Der Westen muß die notwendige wohlwollende Unterstützung des Chinesischen politisch-ökonomischen Reformprozesses unbedingt mit erkennbar besserer Beachtung der Menschen- und Minderheitenrechte verknüpfen, damit bisherige Fehler nicht wiederholt werden.

(-/29. Oktober 1992/rs/ks)

EG-Richtlinie bewirkt das Ende für viele Schlachtbetriebe
Zu einer Strukturpolitik, die monopolistische Strukturen fördert

Von Horst Siefaff MdB
Agrarpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Laut AGRA EUROPE 42/92 will die Bundesregierung - die sich in Brüssel im übrigen bei der Abstimmung enthalten hat - alle Möglichkeiten ausschöpfen, um bei der Umsetzung der genannten Richtlinien eine für das Fleischerhandwerk und die mittelständische Schlachtindustrie zufriedenstellende Lösung zu finden. Dies ist bei der Umsetzung der beschlossenen Regelungen auch bitter nötig! Auf Drängen der SPD-Fraktion berichtet die Bundesregierung im Ernährungsausschuß des Bundestages am 4. November über die Auswirkungen der EG-Frischfleischrichtlinie auf die Strukturen der deutschen Schlachthofwirtschaft. Aus diesem Bericht müßten eigentlich erschreckende Tatsachen klar werden.

Unter dem Vorwand, für eine bessere Hygiene in der Fleischverarbeitung sorgen zu müssen, hat die EG in diesen Richtlinien Vorgaben gemacht, die die meisten der kleineren Schlachtbetriebe zum Aufgeben zwingen wird. Schon im August habe ich darauf hingewiesen, daß hier wieder einmal durch die Hintertür Strukturpolitik betrieben wird und so monopolistische und zentralistische Strukturen im Bereich der Schlachthofwirtschaft vorangetrieben werden. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft hat zuletzt darauf hingewiesen, daß zum Beispiel in Baden-Württemberg zwischen 50 und 60 Prozent der Schlachtbetriebe schließen werden, weil sie mehr als 20 Großvieheinheiten pro Woche schlachten und daher - nach der Frischfleischrichtlinie - völlig unsinnige bauliche Auflagen erfüllen müssen.

Von allen Seiten hat man sich in der letzten Zeit um eine Verbesserung der Situation der Tiere auf Transporten bemüht; auch der Bundesernährungsminister hat sich das immer wieder auf seine Kappe geschrieben. Wenn nach Inkrafttreten der Richtlinie nun viele Schlachthöfe schließen müssen, bedeutet das nicht nur die Vernichtung vieler Existenzen und Arbeitsplätze sondern durch eine längere Dauer der Transporte auch einen Rückschlag für den Tierschutz. Dezentrale und mittelständische Schlachthöfe verhindern außerdem den Verlust an Einflußmöglichkeiten für den Landwirt, der sonst allzu leicht von wenigen Großunternehmen abhängig wird. Darüber hinaus haben sich viele Landwirte Marktnischen erarbeitet (Direktvermarktung, Fleisch aus artgerechter Haltung...). In diesen Fällen sind die Bauern auf Schlachtbetriebe mittlerer Größe angewiesen. Die beiden genannten Richtlinien müssen, wo nun schon versäumt wurde sie zu verhindern, mit möglichst großen Spielräumen für die hiesigen mittelständischen Schlachtunternehmer versehen werden!

Auch dies ist ein Prüfstein dafür, wie ernst es dem Bundesernährungsminister wirklich mit dem Tierschutz ist und wie glaubhaft die ständigen Appelle an die Landwirte sind, sich neue Marktsegmente zu erschließen!

(-/29. Oktober 1992/rs/ks)
